

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien**

75. Sitzung  
17. Juni 2026

Beginn: 09.32 Uhr  
Schluss: 11.46 Uhr  
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Keine Wortmeldungen.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene**

**Staatssekretär Florian Graf** (CdS) trägt vor, in der Bundesratssitzung am 12. Juni 2026 seien zehn Gesetzesbeschlüsse des Bundestags gebilligt worden, darunter die Senkung der Luftverkehrssteuer, die Weiterentwicklung der Apothekenversorgung und die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung. Zudem sei die Änderung des Steuerberatungsgesetzes verabschiedet worden. Mit einem Antrag fast aller Länder habe es einen einstimmigen Beschluss gegeben, in dem der Bundesrat von der Bundesregierung die Wiederauflage des Zukunftsprogramms Kino fordere, um eine verlässliche Förderung zu gewährleisten. Berlin habe diese Initiative mitgetragen. Schwerpunkte der Diskussionen in der Sitzung seien der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz und das Gebäude-Modernisierungsgesetz gewesen. Umfassende

Stellungnahmen seien beraten worden. Die Gesundheitssenatorin Dr. Czyborra habe sich intensiv eingebracht, wobei die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Die nächste Bundesratssitzung, die letzte Sitzung vor der Sommerpause, finde am 10. Juli 2026 statt.

Am 11. Juni 2026 habe in Schönefeld die Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz Ost unter dem Vorsitz Berlins anlässlich der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung auf dem Gelände des Flughafen BER stattgefunden. Länderintern seien viele Anträge beraten worden mit Themen zur Schienenverkehrsinfrastruktur, Luft- und Raumfahrt, Satellitentechnologie, Drohnen, das Einstein-Teleskop sowie Sicherheit und Verteidigung. Es habe einen Austausch mit Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder und der Beauftragten für Ostdeutschland, Elisabeth Kaiser, gegeben. Abschließend hätten die Ministerpräsidenten die ILA besucht.

**Carsten Schatz** (LINKE) spricht zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz, da Berliner Krankenhäusern Mindereinnahmen von über 400 Millionen Euro drohten. Besonders die beiden großen kommunalen Häuser, Charité und Vivantes, seien im Berliner Krankenhausbereich nicht unmaßgeblich präsent. Wie seien der Stand der Debatte und der Zeitplan? Da es sich nicht um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handele, interessiere, ob der Senat Einspruch einlegen wolle, der eine erneute Befassung im Bundestag erfordern würde.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) verweist auf einen Medienbericht der Süddeutschen Zeitung zu einer aktuellen Debatte über die Bahnverbindung Richtung Polen. Danach habe sich der Ministerpräsident Brandenburgs heftig geäußert, einen westdeutschen Protektionismus darin zu sehen, dass bezüglich der Bahnverbindung nichts passiert sei. Wie positioniere sich Berlin?

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) kommt auf den Ersten rbb-Änderungsstaatsvertrages zu sprechen. Bislang gebe es nur eine Vorlage zur Kenntnisnahme. Gebe es noch eine Vorlage zur Beschlussfassung, um sich in der Sitzung am 1. Juli 2026 mit der Vorlage befassen zu können?

**Staatssekretär Florian Graf** (CdS) erklärt, die Regelungen des Abgeordnetenhauses und der Verfassung von Berlin würden beachtet, wonach dem Abgeordnetenhaus zunächst die Vorlage zur Kenntnisnahme im Rahmen der Vorbefassung vorgelegt und nach 14 Tagen Vorbefassung die Vorlage zur Beschlussfassung eingebracht werde. Am 1. Juli 2026 solle die Beschlussfassung erfolgen. Nach der 14-Tage-Frist werde also die Beschlussfassung mit Vorabüberweisung in den Ausschuss eingebracht. Es handele sich um eine einzigartige Berliner Regelung, die beachtet werde.

Die Äußerungen von Ministerpräsident Woidke zur Schieneninfrastruktur seien auf einen Rundgang über die ILA und eine Pressekonferenz zurückzuführen. Ostdeutsche Länder, einschließlich Berlin, fühlten sich bei Investitionen in die Schienenverbindungen nicht nur zu kurz gekommen, sondern hätten sich zum Beispiel mehr daraus versprochen hat, da das Sondervermögen für zusätzliche Investitionen zum Beispiel gar nicht für Neubeginner herangezogen werden könne. Diese Diskussion sei in der Konferenz sehr heftig und auch ausführlich mit dem Bundesverkehrsminister geführt worden. Der Regierende Bürgermeister habe sich der Position Woidkes angeschlossen; es gebe eine einmütige Gemengelage an der Stelle.

Zur Gesundheitsreform gebe es viele Gespräche. Die Hauptkonferenz der Gesundheitsministerinnen und -minister habe sich seines Erachtens in der vergangenen Woche damit befasst. Alle Länder betonten die Bedeutung der Thematik; es sei von hoher Relevanz, insbesondere die Finanzen und die Gesundheitsversorgung betreffend. Er empfehle, darüber in den jeweiligen Fachausschüssen zu debattieren.

**Carsten Schatz** (LINKE) interessiert der Zeitplan. Plane Berlin einen Einspruch im Bundesrat?

**Staatssekretär Florian Graf** (CdS) antwortet, die Gesundheitsverwaltung zu bitten, Informationen über die Zeitpläne der Bundesregierung zukommen zu lassen. Erst wenn genauere Pläne vorlägen, könne über die Frage eines Einspruchs entschieden werden.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz**

**Staatssekretär Florian Graf** (CdS) berichtet über die Europawochen vom 30. April 2026 bis 31. Mai 2026. In Berlin habe es über 200 Veranstaltungen – Ausstellungen, Feste, europäische Kiezspaziergänge, Filmvorführungen, Diskussionsformate, Lesungen und Weiteres – gegeben. Die Mittel, die die Senatskanzlei den Bezirken über den Bezirkseuropaplafonds für lokale Aktionen in 2026 zur Verfügung gestellt habe, seien bis von allen 12 Bezirken abgerufen worden. Dafür hätten den Europabeauftragten auch in diesem Jahr 12 mal 10 000 Euro zur Verfügung gestanden, um in eigener Verantwortung auch dezentral Europaaktionen umsetzen zu können, beispielsweise ein Kinder- und Jugendfilmfestival in der Ufa-Fabrik mit Teilnehmern aus Partnerstädten, europäische Fahrradtouren und einiges mehr. Am 8. Mai 2026 habe die Veranstaltung „Europa inklusiv“ zum europäischen Protesttag für Menschen mit Behinderungen auf dem Rathausvorplatz stattgefunden.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 3 der Tagesordnung ab.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Berlin-Brandenburg in der Scandria-Allianz**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0248](#)  
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0247](#)  
**20 Jahre Oder-Partnerschaft: Bilanz und neue Ziele** BuEuMe  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0227](#)  
Drucksache 19/2311 BuEuMe(f)  
**Wohnungs- und Obdachlosigkeit beenden II –** ArbSoz\*  
**Prävention stärken** Recht  
StadtWohn

**Vorsitzender Andreas Otto** verweist auf die vorliegende Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Arbeit und Soziales vom 16. April 2026, der die Ablehnung des Antrags auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Juli 2026“ empfehle.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) erklärt, das Berichtsdatum zu übernehmen. Ansonsten bitte sie um Abstimmung des Antrags auch ohne Debatte.

**Staatssekretär Florian Graf** (CdS) verweist auf die Stellungnahme des Fachausschusses.

Der **Ausschuss** beschließt, den Antrag – Drucksache 19/2311 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.